

Über Europa

Im Gespräch mit Bernd Lange

Herr Lange, vielleicht stellen Sie sich zum Einstieg mal selbst kurz vor.

Ich bin in Oldenburg geboren und aufgewachsen in Varel im Landkreis Friesland. Was insofern für die europäische Politik nicht unbedeutend ist, weil die Friesen die nötige Gelassenheit und Ruhe mitbringen und nicht sofort aus der Haut fahren, wenn mal etwas schief läuft oder etwas länger dauert. Ich habe 1974 in Oldenburg mein Abitur gemacht und bin ebenfalls seit 1974 SPD-Mitglied und Mitglied der IG Metall. Ich habe in Göttingen studiert, evangelische Theologie und Politikwissenschaft, danach folgten Schuldienst und Studienrat am Gymnasium Burgdorf. 1994 bin ich schließlich ins Europäische Parlament gewählt worden. Zwischen 2005 und 2009 war ich beim DGB. Und seit 2009 bis heute bin ich wieder Europaabgeordneter. Seit 2014 bin ich Vorsitzender des Internationalen Handelsausschusses und erarbeite Gesetze, die mit außenwirtschaftlicher Absicherung zu tun haben. Gerade für Niedersachsen als exportorientiertes Land ist das wichtig, den Gesetze und Handelsverträge schaffen Kontrolle und Sicherheit. Im Moment diskutieren wir zum Beispiel gerade über ein Gesetz zu Handfeuerwaffen. Fast 50 Prozent der Tötungsdelikte, auch in den USA, passieren mit deutschen und europäischen Waffen. Da gibt es also einen akuten Handlungsbedarf.

Würden Sie sich eher als Burgdorfer oder eher als Europäer bezeichnen?

Ich wohne schon seit langer Zeit in Burgdorf, also bin ich wahrscheinlich Burgdorfer. Aber Ernst Bloch hat mal sinngemäß gesagt, Heimat sei dort, wo die Menschen um einen herum sind, die man gerne mag. Und da gibt es sowohl welche in Burgdorf als auch in Brüssel. Also bin ich wohl ein Europäer, der in Burgdorf wohnt.

Laut einer Studie der Forschungsplattform „EU-Matrix“ gehören Sie zu den zehn einflussreichsten Parlamentariern im EU-Parlament – national- und parteiübergreifend.

Ich bin ja auch schon eine Weile dabei.

Sie sind 1974 in die SPD eingetreten. Warum? Was ist da schiefgelaufen?

(Lacht) Ich bin mit 18 Jahren aus zwei Hauptgründen in die SPD eingetreten. Erstens war damals die Endphase des Vietnamkrieges und ich bin für Frieden und Verständigung eingetreten. Und in diesem Umfeld war auch die SPD sehr aktiv, was mir nicht unsympathisch war. Und zweitens habe ich in Varel in Friesland zu der Zeit mit anderen Jugendlichen zusammengehockt, es gab eine Band, wir haben Frank Zappa gecovered. Aber es gab kein Jugendzentrum. Also haben wir für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gekämpft. Und die Frage war, wie wir den Stadtrat auf unsere Seite bekommen. Darum bin ich in die SPD ein-

getreten, um zu versuchen, das umzusetzen. Das ist geglückt, allerdings war ich dann schon zum Studium in Göttingen. Das Jugendzentrum gibt es in Varel immer noch.

Können sie ein bisschen was sagen zu Ihren Grundsätzen? Beschreiben Sie mal Ihren Kompass.

Für mich ist bis heute essentiell, dass der Mensch im Vordergrund steht, dass Menschen eine Würde an sich haben. Daraus folgt, dass es mir darum geht, die Lebensinteressen aller Menschen gleichermaßen durchzusetzen. Das ist ein Grundprinzip, das für mich bereits seit meiner Jugend Geltung hat. Es gibt Menschen, denen geht es gut und alles ist fein, aber es gibt eben auch Menschen, da ist eben nicht alles fein. Aber sie haben die gleichen Lebensinteressen. Und sie sollten die gleichen Möglichkeiten haben. Haben sie aber nicht.

Also ist Gerechtigkeit ein zentraler Punkt?

Ja, der Mensch zuerst. Also nicht „Amerika first!“ oder „Europa first!“, sondern „Mensch first!“.

Die Europäische Union hat bei vielen Menschen keinen besonders guten Ruf und Eva Kaili hat es vor ein paar Monaten nicht besser gemacht. Korruption, Intransparenz, Bürokratie, Überregulierung, das sind die Stichworte. Nehmen Sie mal die EU in Schutz ...

Da gibt es zunächst so ein Phänomen, dass viele Politiker*innen auf der nationalen Ebene sich gerne ans eigene Revers heften, wenn etwas gut läuft. Wenn dagegen etwas schlecht läuft, war es Europa. Als ich ganz frisch angefangen habe im Parlament, war Herta Däubler-Gmelin von der SPD Justizministerin. Und sie hat dann eine Gesetzgebung zur Verlängerung der Garantiefrist von einem halben Jahr auf zwei Jahre gemacht, zum Verbraucherschutz. Eine rundum gute Sache. Aber sie hat damit im Grunde nur eine europäische Gesetzgebung umgesetzt. Was ich unterstützt habe. Aber ich habe sie auch gefragt, warum sie das nicht mal in einem Satz irgendwo erwähnt. Es gibt sehr viele Bereiche, da geht es ganz klar um eine Verbesserung der Lebensqualität, um Schutz, um Gerechtigkeit. Nehmen Sie die Umweltpolitik, wir kümmern uns gerade um die Wasserqualität, wir diskutieren über die Nitratbelastung im Grundwasser. Aus der europäischen Gesetzgebung kommen viele grundlegende Entscheidungen, die sehr viel verbessert haben auf unterschiedlichen Ebenen.

Europa bekommt also gerne mal zu Unrecht den schwarzen Peter zugeschoben.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass klar und transparent ist, wer in der Politik für die Menschen wirkt. Da gibt es, was die Rolle Europas angeht, sehr viel Luft nach oben. Und es muss



dazu klar sein, wie Europa funktioniert. Das ist ja auch Politik mit Mehrheiten und Minderheiten, mit Auseinandersetzungen, mit unterschiedlichen Konzepten und Interessen. Das gehört aus meiner Sicht viel mehr in die Öffentlichkeit. Anne Will hört jetzt auf, da wurde bisher viel über nationale Themen gesprochen. Wie wäre es mal mit einem Format, das sich explizit auf europäische Themen fokussiert?

Bleibt noch die Bürokratie ...

Die ist ein Problem. Ich denke, alle Verwaltungsstrukturen haben damit zu kämpfen. Und ich finde es gut, dass momentan viel darüber diskutiert wird, wie wir schneller werden können. Weil wir schneller werden müssen. Wir haben das jetzt bei der Genehmigung von erneuerbaren Energien umgesetzt, da gibt es eine europäische Gesetzgebung, dass die Fristen deutlich reduziert werden müssen. Die Bundesregierung hat das nun nachvollzogen. Da war wieder Europa der Motor. Trotzdem ist die Bürokratie natürlich ein Problem auf ganz vielen Ebenen. Ein klassisches Beispiel ist die Wasserrahmenrichtlinie. Da haben wir eine europäische Gesetzgebung, wir haben eine deutsche Gesetzgebung und 16 Gesetzgebungen in den Bundesländern, und dann haben wir noch die Gemeinden und Landkreise, die ebenfalls ihre Kompetenzen haben. So wird es riesengroß und kompliziert. Aber ich will hier gar nicht die EU nur in Schutz nehmen. Es gibt in Sachen Bürokratie viele Baustellen. Ich habe zum Beispiel mal mitbekommen, dass Unternehmen innerhalb eines Forschungsprogramms einen sehr umfangreichen Geschäftsbericht der letzten drei Jahre vorlegen mussten. Der Hintergrund solcher Vorgaben ist klar. Man will Sicherheit, dass diese Unternehmen stabil und solvent sind. Also wurde das eingefordert und man hat den Unternehmen viel abverlangt. Letztlich wurde dann aber nur nachgesehen, ob es drei Jahre sind, das wurde abgehakt und dann sind die

Deutschland ebenfalls nicht zu knapp, das ist kein exklusives EU-Problem. Wenn ich Veranstaltungen habe hier in Deutschland, bei denen das Thema eventuell zur Sprache kommt, dann mache ich mir manchmal den Spaß und besorge mir vorher die Friedhofsatzung des Ortes. Da gibt es keine EU-Vorgaben, keine Landes- und keine Bundesvorgaben, das ist allein Sache der kommunalen Zuständigkeit. Und da geht es dann gerne mal um den Neigungswinkel der Grabplatten, die Form der Grabsteine, welche Büsche eingepflanzt werden dürfen und um das Wegerecht. Da treibt die Bürokratie wildeste Blüten. Was immerhin zeigt, dass nicht nur Europa Bürokratie kann.

Kommen wir mal zum Positiven. Was bedeutet Europa für Sie ganz persönlich? Was kann Europa?

Zuerst und ganz zentral ist Europa nach wie vor ein Friedensprojekt. Auch wenn das auf den ersten Blick vielleicht banal klingt. Auf dem europäischen Kontinent gab es über Jahrhunderte Kriege, die Europäische Union ist ein Garant für Frieden. Wir hatten neulich erst wieder eine Diskussion über Brüssel und Straßburg, darüber, ob das Parlament auch in Straßburg tagen muss und ob das ökonomisch nicht eigentlich Quatsch ist. Aber für mich hat das auch eine starke Symbolkraft. Straßburg hat in den letzten 100 Jahren vier Mal die Nationalität wechseln müssen und viel Leid erfahren. Und genau dort tagt jetzt dieses Friedensparlament. Was ich außerdem faszinierend finde, ist, dass in der Europäischen Union Länder an einem Tisch sitzen, die ihre ganz eigene Geschichte und Kultur mitbringen. Und dass man sich trotzdem verständigt. Und dann ist Europa natürlich auch eine Chance, die globalen Herausforderungen in den Griff zu bekommen, sei es der Klimawandel oder die wirtschaftliche Entwicklung. Das lässt sich gemeinsam wesentlich besser gestalten als allein. Die Nationen in Europa sind nur dann stark, wenn Europa stark ist.

Der Handel ist Ihr zentrales Thema. Agiert die EU eigentlich fair, zum Beispiel im Austausch mit afrikanischen Ländern?

Da gibt es auf jeden Fall noch Luft nach oben. Aber es hat sich auch schon viel geändert. Die EU hat ja in der Handelspolitik erst sukzessive Kompetenzen bekommen, die Zuständigkeiten haben sich gewandelt und auch die demokratische Beteiligung des Parlaments hat sich entwickelt. Inzwischen hat das Parlament wesentlich mehr Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten. Und das zeigt sich auch in den Handelsbeziehungen, die wir seither geknüpft haben. Wir machen Fortschritte, aber wie gesagt, gerade in Bezug auf afrikanische Staaten noch mit viel Luft nach oben. Dass das oft asymmetrisch läuft, ist erkannt, und ein paar Grundbedingungen sind bereits verändert. Ein gutes Beispiel sind die Hühnchenteile, die aus der Europäischen Union exportiert werden, da sind die Exportsubventionen mit Einschränkungen seit 2014 abgeschafft. Was längst nicht heißt, dass alles gut ist. Aber es sind Schritte. Und beispielsweise im Handelsvertrag mit Westafrika ist festgeschrieben, dass sie Schutzmaßnahmen für ihre Agrarprodukte ergreifen können. Gha-

na erhebt nun zum Beispiel 15 Prozent Zoll auf Hühnchenteile aus Europa. Das gleicht in etwa den Produktivitätsnachteil der heimischen Produktion aus. Wir haben also Gestaltungsmöglichkeiten. Und ich bin überzeugt, dass wir da noch einiges mehr machen können. Wir sollten zum Beispiel noch weitaus mehr auf die Veränderung von Produktionsweisen achten. Etwa 80 Prozent unserer Kakaobohnen, die wir hier bei uns weiterverarbeiten, kommen beispielsweise aus Ghana und der Elfenbeinküste. Die Preisentwicklung ist aber nicht so, dass für eine hinreichende und vernünftige wirtschaftliche Entwicklung gesorgt ist. Es gibt dort etwa zwei Millionen Kinder, die die Kakaobohnen pflücken. Wir müssen darum unbedingt mehr in diesen Ländern investieren, um für einen Wandel zu sorgen.

Das heißt aber auch, dass die Produkte bei uns sich verteuern müssten?

Ja, das ist so. Aber wenn man sich vor Augen führt, dass zum Beispiel eine Jeans aus Bangladesch im Einkauf zehn Euro kostet, und dass sie bei einer Verdopplung des Mindestlohns und der Investitionstätigkeit dann elf Euro kosten würde, dann wird vielleicht klar, in welchen Dimensionen und Verhältnismäßigkeiten wir uns da bewegen.

In Deutschland gibt es ein Lieferkettengesetz und auch die EU hat jetzt einem Lieferkettengesetz zugestimmt. Bringt das was?

Aus meiner Sicht bringt das eine Menge. Die Nachhaltigkeit rückt in den Vordergrund, die EU kann sich nun viel genauer die Lieferketten ansehen. Das, was früher in der Handelspolitik der Leitgedanke war, nämlich bei möglichst geringen Kosten und möglichst offenen Grenzen möglichst viel Gewinn zu generieren, das ist jetzt vorbei. Wir können uns neben der Nachhaltigkeit auch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ansehen, wir können abgleichen mit dem Pariser Klimaschutzabkommen. Die Unternehmen müssen sich jetzt darum kümmern und sie kümmern sich. Jedenfalls die meisten, die unter diese Gesetzgebung fallen. Für die Unternehmen ist das ja auch eine Chance. Wenn sie transparent sind und nachhaltig agieren, ist das durchaus ein Verkaufsargument.

Wie stehen Sie zur Globalisierung? Kann man das einfach so laufen lassen?

Das Problem ist, dass wir inzwischen eine sehr fragmentierte Globalisierung haben. Wir erleben derzeit einen starken Protektionismus der USA, auch China versucht sehr stark global Einfluss zu nehmen und die eigenen Interessen durchzusetzen, mit teilweise unfairen Mitteln. Viele andere Nationen gehen einen ähnlichen Weg. Während der Coronapandemie gab es rund 150 neue, protektive Maßnahmen, zum Beispiel Exportstopps. In Zukunft wird es wieder mehr um bilaterale Beziehungen gehen und die EU versuchen momentan, ein starkes Netz aufzubauen. Wir haben gerade neue Abkommen mit Mexiko, mit Chile, mit Neuseeland und auch mit Australien vereinbart. Dazu müssen wir nun auch unilaterale Gesetzgebungen machen, um unsere

Maßstäbe zu verteidigen. Das Lieferkettengesetz ist ein Beispiel. Wir setzen so im Zweifel in den Handelsbeziehungen einseitig stärker Nachhaltigkeit durch.

Wandel durch Handel, das hat offensichtlich nicht funktioniert. Die EU war beispielsweise lange Zeit der größte Handelspartner Syriens. Russland ist ein weiteres Negativbeispiel.

Es ist heute ganz offensichtlich, dass eine Handelspolitik keine bestehenden politischen Systeme verändert. Es gibt natürlich unzählige Beispiele, da haben Handelsbeziehungen positive Veränderungen eingeleitet, da hat es positive Lohnentwicklungen gegeben oder Fortschritte bei der politischen Partizipation. Aber wir würden das total überfrachten, wenn wir behaupten, gute Handelsbeziehungen initiieren automatisch in unserem Sinne positive politische Veränderungen.

Lassen Sie uns kurz ganz grundsätzlich über den Kapitalismus sprechen. Brauchen wir global nicht dringend viel stärkere Leitplanken, damit es halbwegs human zugehen kann?

Wir brauchen faire Bedingungen. Ich glaube, die Experimente, Märkte völlig frei laufen zu lassen, sind allesamt gescheitert. Natürlich schaffen die Bedingungen am Markt eine gewisse Konkurrenz, und dadurch auch Fortschritt, aber wie gesagt, das Prinzip der EU bis 2009, alle nicht-tarifären Handelshemmnisse einzureißen und die Zölle zu senken, ganz im Sinne von Adam Smith und David Ricardo, weil der Wohlstand dann quasi von allein kommt, das hat sich als Irrtum erwiesen. Das hatte Konsequenzen bei den Arbeitnehmer*innen und bei der Umwelt und die werden in diesem marktradikalen Kapitalismus nicht reflektiert.

Die fairen Bedingungen haben lange gefehlt und sie fehlen noch – mit dem Ergebnis, dass ganz wenige unfassbar reich geworden sind und gleichzeitig viele in bitterer Armut leben müssen.

Das ist leider so. Mir wurde beim Staatsbesuch in Ghana gesagt: „Wissen Sie, Herr Lange, wir sind arm, weil Sie reich sind“. Die Spaltung ist wirklich enorm. Und dagegen müssen wir uns nun stemmen. Nicht in dem Sinne, durch Handel für politische Veränderungen sorgen zu wollen, sondern zunächst mal für mehr Fairness. Wie gesagt, Wandel durch Handel, das scheint ein gescheiterter Ansatz zu sein. Entscheidend ist, dass beide Partner fair spielen. Stichwort Russland: Spätestens nach der Annexion der Krim hätte man dieses Prinzip nicht weiterverfolgen dürfen.

Wandel, sonst kein Handel – wäre das die bessere Herangehensweise?

Das wiederum würde wahrscheinlich ebenfalls gegen unsere Interessen laufen. Es gibt ja Stimmen, die jetzt fordern, dass wir alle Produktionen zurück ins eigene Land holen sollten. Dass das problematisch ist, sehen wir aber in Amerika. Es gibt dort diese starke Abschottung, aber damit verbunden sind Preissteigerungen und Produktionsentwicklungen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Ein Beispiel, dass das gehörig aus dem